

Gemeinsame Pressemitteilung

von NABU, LNV und BUND in Baden-Württemberg

Wohnraum-Allianz:

Naturschutzverbände lehnen Abbau von Umweltstandards ab

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Naturschutzbund (NABU) und Landesnaturschutzverband (LNV) in Baden-Württemberg treten dem heute entstandenen Eindruck entgegen, sie würden im Rahmen ihrer Mitarbeit in der Wohnraum-Allianz eine Aufweichung oder Streichung ökologischer Standards mittragen. Dieser Eindruck ist entstanden, weil ein nicht abgestimmtes und missverständlich formuliertes Vorschlagspapier an die Öffentlichkeit gelangt war. Die Naturschutzverbände sehen ökologische Standards beim Baurecht und Bauplanungsrecht als wichtige Errungenschaft an, die kein wesentliches Hemmnis bei der zügigen Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum darstellen.

„Wenn Bebauungspläne künftig ohne Umweltprüfung und Naturschutz-Ausgleich realisiert werden sollen, müssen wir unsere Beteiligung an der Wohnraum-Allianz beenden“, so LNV-Vorsitzender Dr. Gerhard Bronner, BUND-Vorsitzende Dr. Brigitte Dahlbender und der stellvertretende NABU-Landesvorsitzende Hans-Peter Kleemann. Ebenso lehnen es die Verbände ab, dass bei der Landesbauordnung die ohnehin mit zahlreichen Ausnahmen versehene Pflicht zur Dachbegrünung und die Gleichstellung von Fahrrädern und Autos bei der Stellplatzpflicht aufgegeben werden sollen. „Heute Energiestandards abzusenken ist kurzsichtig, weil dadurch dauerhaft erhöhte Heizkosten entstehen“, so Bronner, Dahlbender und Kleemann.

Dabei sind die Naturschützer durchaus bereit, Kompromisse einzugehen: „Die derzeitige Handhabung des Artenschutzrechts ist tatsächlich ein Problem bei der Planungspraxis. Wir sind im Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden, wie man hier auf der Verfahrensebene zu Fortschritten kommen kann.“